



Wien, 8. Mai 2007

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Die Beschlussfassung des Bundes-Umwelthaftungsgesetzes (B-UHG) steht morgen auf der Tagesordnung des Ministerrates.

Nach den uns vorliegenden Informationen weicht der Entwurf in allen wesentlichen Punkten vom Ministerialentwurf des Lebensministeriums ab. Im Besonderen sollen **Haftungsausschlussgründe** für den „genehmigten Normalbetrieb“ und das „Entwicklungsrisiko“ geschaffen werden. Das Ergebnis dieser Regelungen wäre eine **Übertragung des Haftungsrisikos** von den Verursachern von Umweltschäden **auf die Steuerzahler** sowie eine **Verschlechterung des bestehenden Haftungsrechts**. Dies ist ein Armutszeugnis für den Umweltminister und die Bundesregierung.

Es ist für uns inakzeptabel, dass der Steuerzahler etwa für die Sanierung von Wasser- oder Bodenschäden zahlen soll, die ein Unternehmen durch den Einsatz von **Gentech-Pflanzen** verursacht. Nach dem Verursacherprinzip soll derjenige haften, der den Schaden verursacht hat und der gleichzeitig durch die Ausnutzung eines bestimmten Gefahrenpotenzials wirtschaftliche Vorteile erlangt.

Schließlich stellen wir fest, dass die im Ministerialentwurf vorgeschlagene Regelung der „**Umweltbeschwerde**“ eindeutig der EU-Richtlinie widerspricht. Sofern diese Bestimmungen nicht geändert werden, sehen wir uns dazu veranlasst, eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission vorzulegen.

Wir fordern Sie daher dazu auf, sich im Rahmen der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- die **Verursacher verschuldensunabhängig** und nicht die Steuerzahler für Umweltschäden haften,
- das B-UHG zu einer Verbesserung und **keinesfalls zu einer Verschlechterung** bestehender Standards führt,
- dass im Rahmen des B-UHG eine öffentliche rechtliche Sanierungshaftung für **GMO-Schäden** geschaffen wird,
- dass die Bestimmungen zur **Umweltbeschwerde** europarechtskonform umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Thomas ALGE

ÖKOBÜRO, Leitung Umweltrecht

Im Auftrag der Umweltorganisationen

**GLOBAL 2000**

**Greenpeace CEE**

**WWF Österreich**

**Österreichisches Ökologie Institut**

**Justice and Environment**

**Kontaktinformationen:**

Mag. Thomas ALGE

Leitung Umweltrecht

ÖKOBÜRO - Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen

Volksgartenstraße 1, A-1010 Wien

Tel +43-1-524-9377/15, Fax /20; mobile: +43-699-102-95-159;

[thomas.alge@oekobuero.at](mailto:thomas.alge@oekobuero.at), <http://www.oekobuero.at>